

aus Brasilien



Stipendien-Aufenthalt in  
Nordrhein-Westfalen

vom 01. September 2004 bis 28. Februar 2005

## **Arbeitslosigkeit in Brasilien und Deutschland – ein Vergleich**

Von Marianne Wenzel

Nordrhein-Westfalen, vom 01. September bis 28. Februar 2005



# Inhalt

|  |     |
|--|-----|
| 1. Zur Person                                      | 642 |
| 2. Vorwort   | 642 |
| 3. Arbeitslosigkeit in Brasilien                   | 643 |
| 4. Arbeitslosigkeit in Deutschland                 | 644 |
| 5. Die Opelkrise – Portrait des deutschen Zustands | 647 |
| 6. Dankeschön                                      | 651 |

## **1. Zur Person**

Marianne Wenzel, geboren am 19.11.1977 in São Paulo, Brasilien. Hat Journalismus an der Universität São Paulo (USP) studiert und 1999 ihr Studium abgeschlossen. Arbeitet zurzeit in der Monatszeitschrift „Arquitetura & Construção“ (Architektur & Bau), herausgegeben vom brasilianischen Verlag Abril. Hat auch für die Zeitschrift der Deutsch-Brasilianischen Industrie- und Handelskammer in São Paulo geschrieben, wo sie zum ersten Mal ihre Deutschkenntnisse bei journalistischer Arbeit verwendet hat. Das zweite Mal war während ihres Praktikums bei der Lokalredaktion der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in Bochum, organisiert und betreut von der Heinz-Kühn-Stiftung.

## **2. Vorwort**

Schon bevor ich nach Deutschland gekommen bin, wusste ich, dass ich am Ende meines Aufenthaltes einen Erfahrungsbericht schreiben müsste. In meinem zweiten Monat, als ich noch in Düsseldorf wohnte, ist mir eine Idee eingefallen, als Opel veröffentlichte, dass der Konzern Stellen in Deutschland, vor allem in Bochum, abbauen würde.

Was habe ich denn mit Opel zu tun? Im Prinzip nichts, allerdings würde ich in wenigen Monaten viel mit Bochum anfangen können. Dies ist nämlich die Stadt, wo ich mein Praktikum bei der WAZ absolviert habe.

An dem Tag, als die Opelkrise bekannt gemacht wurde, war ich auf der jährlichen Veranstaltung der NRZ, die zur selben Mediengruppe wie die WAZ gehört. Dort konnte ich hören, wie das Ereignis in verschiedenen Kreisen kommentiert wurde. Oliver Schumacher, Regierungssprecher des Landes Nordrhein-Westfalen – und ehemaliger Heinz-Kühn-Stipendiat –, den ich auf dieser Veranstaltung kennen gelernt habe, erzählte mir später, wie die Regierung mit dieser Krise umgegangen ist. „Die Krise war keine Überraschung, es gab schon Hinweise darauf. Wir wussten nur nicht genau, was für eine Dimension sie hatte“, sagt Schumacher.

Arbeitslosigkeit, habe ich von Anfang meines Aufenthaltes an gemerkt, ist ein heikles Thema in Deutschland. Vor allem jetzt, wenn die Hartz IV Reformen in Kraft treten – die Vorbereitungen dafür und all die Diskussionen darüber habe ich seit meiner Anreise beobachtet. Als Brasilianerin hatte ich mir die ganze Situation des Arbeitsmarktes in Deutschland nie vorgestellt. Da eins der Ziele dieses Stipendiums ist, reale Vorstellungen und eigene Eindrücke von diesem Land vor Ort zu bekommen, habe ich mich

entschlossen, in meinem Erfahrungsbericht die Lage der Arbeitslosigkeit in Brasilien mit der in Deutschland zu vergleichen.

### 3. Arbeitslosigkeit in Brasilien

Im Wahlkampf 2001 versprach der Kandidat Luis Inácio „Lula“ da Silva zehn Millionen Arbeitsstellen innerhalb von vier Jahren einzurichten. Die Rede machte sofort Schlagzeilen und berührte die Massen. Das ambitionierte und vielleicht auch demagogische Ziel zu erreichen, ist seiner Regierung aber noch nicht gelungen. Laut offizieller Informationen wurden 2004 1,7 Millionen neue Stellen geschaffen. Noch nicht genug, um das Defizit auszugleichen.

Laut des Brasilianischen Institutes für Geographie und Statistik (IBGE) gibt es zurzeit 8,5 Millionen Arbeitslose in Brasilien, 2,2 Millionen davon in den sechs größten Städten (São Paulo, Rio de Janeiro, Salvador, Belo Horizonte und Porto Alegre). Obwohl die Arbeitslosenquote bei 10,5% liegt, sieht es in manchen Gebieten, wie der Metropole São Paulo, schlimmer aus. Dort lautet sie 17,6%, aufgrund verschiedener Faktoren, wie zum Beispiel die innere Migration.

Diese Zahlen sind das Ergebnis einer leichten Verbesserung der Lage während des Jahres 2004. Trotzdem, so eine Analyse der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO, ist das nicht unbedingt mit besseren Sozialbedingungen verbunden. Denn fast 45% der Arbeiter, laut einer Studie der Organisation, sind im informellen Markt beschäftigt, also in der Regel mit niedrigeren Gehältern und keiner Sozialversicherung.

Der Grund dafür ist, dass Arbeitnehmer die sozialen Kosten nicht übernehmen können. In einer Studie der Weltbank rangiert Brasilien auf dem vierten Platz unter den Ländern, in denen die Arbeitgeber bei der Entlassung eines Arbeiters am meisten bezahlen müssen: im Durchschnitt 41 Gehälter. Der Staat, im Gegensatz zum deutschen System, ist nur für einen kleinen Teil der Kosten zuständig. Das brasilianische „Arbeitslosengeld“ beträgt höchstens zwei Mindestlöhne (umgerechnet: 140 Euro) und wird, je nach Arbeitszeit, bis höchstens während fünf Monate bezahlt.

Andererseits wurden zwischen Oktober 2003 und Oktober 2004 in den sechs brasilianischen Großstädten zirka 800.000 Stellen geschaffen. Ein deutliches Zeichen des wirtschaftlichen Wachstums, das Ende 2004 bei 5% lag. Dies war die beste Bilanz Brasiliens in den letzten zehn Jahren. So könnte man sagen, dass die aktuelle Stimmung eher optimistisch ist. Diese sensible Verbesserung des Arbeitsmarkts war das Thema des Titelberichts der Wochenzeitschrift „Veja“ im Dezember 2004. Allerdings

ist sie, so der Bericht, bloß von hochqualifizierten Profis in Bereichen wie Ingenieurwissenschaften, Biologie, Agronomie, Chemie und Informatik zu spüren.

Für die Beschäftigung der Nichtqualifizierten hat die Regierung bisher keine effiziente Lösung gefunden. Lt. dem Institut für Wirtschaftliche Forschung (Ipea), aus São Paulo, kommen bis zu 80% der Arbeitslosen aus armen Familien. Sie haben in der Regel keine Ausbildung und daher keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wie dieses Problem die Kriminalitätsquote beeinflusst, ist leicht nachzuvollziehen.

Ein Versuch in der Richtung, nicht qualifizierte Leute einzustellen und gleichzeitig deren Ausbildung zu fördern, war die staatliche Aktion „Mein erster Job“. Das Ziel war es, zwischen 2003 und 2004 260.000 Jugendliche aus den niedrigen Schichten in privaten Unternehmen einzustellen. Das Programm sollte wie ein Dualsystem funktionieren, indem das Unternehmen teilweise für die Ausbildung des Angestellten verantwortlich ist. Dafür bekommt es Subventionen vom Staat. Da es der Regierung allerdings an Kapital mangelt, waren die angebotenen Subventionen aus dem Gesichtspunkt der potenziellen Arbeitgeber nicht attraktiv genug. Das Ergebnis: ein Jahr nach seiner Gründung engagierte das Programm bloß 1.000 Arbeiter.

Das Mislingen der Aktion ist ein Beweis dafür, dass neue Arbeitsstellen nur durch ein reales Wachstum möglich sind. In diesem Punkt ist die brasilianische Auseinandersetzung mit der Arbeitslosigkeit sehr ähnlich wie die deutsche. Andererseits, so der brasilianische Wirtschaftswissenschaftler Celso Furtado, ist Wachstum kein Synonym für Entwicklung. Eine Analyse der brasilianischen Szene zeigt, dass eine endgültige Lösung nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von langfristigen Sozialmaßnahmen abhängig ist.

#### **4. Arbeitslosigkeit in Deutschland**

Während in Brasilien die Stimmung eher eine Neigung zum Optimismus zeigt, merkt man in Deutschland eine deutliche Tendenz zum Pessimismus. Dieses Gefühl lässt sich mit zunehmenden Zahlen, die am Anfang des Jahres bekannt gemacht wurden, erklären.

Anfang Januar 2005 machte die Bundesagentur für Arbeit die Bilanz 2004 bekannt: knapp 4,5 Millionen Menschen waren arbeitslos gemeldet. Zwar ist die relative Zahl fast die gleiche wie in Brasilien: 10,8%. Dort aber nahm diese Quote im Laufe des Jahres ab, während in Deutschland diese Quote die höchste Zahl Arbeitsloser seit der Wiedervereinigung ist.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, äußerte sich sehr realistisch darüber: zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung sagte er, dass kurzfristig keine Trendwende zu sehen sei. Wenige Wochen später kam eine neue Statistik: zum ersten Mal seit den 30er Jahren zeigen die Zahlen, dass Deutschland mehr als fünf Millionen Arbeitslose hat. „Ähnliche Größenordnungen gab es zuletzt in der Weltwirtschaftskrise“, berichtete die FAZ. Die Zunahme liege daran, dass nach der Hartz-Reform nun auch 300.000 Arbeit suchende Sozialhilfeempfänger von der Statistik erfasst wurden. Alleine in Nordrhein-Westfalen handele es sich um eine Million Menschen ohne Job. Damit, so das Bundesministerium, ist das Problem nicht mehr unter den Zahlen zu verstecken. Es ist ganz offensichtlich.

Die schlechten Nachrichten tauchen zu dem Zeitpunkt auf, als die Arbeitsreformen Hartz IV in Kraft treten. „Deutschland in Arbeit zu bringen, das ist unsere wichtigste Aufgabe in den kommenden Monaten und Jahren“, schreibt Bundesminister Wolfgang Clement im Vorwort einer Druckschrift des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit über Hartz IV. „Ob die Arbeitsmarktreformen mehr Arbeitsplätze bringen werden, ob Hartz IV dazu notwendig ist, das hat in den vergangenen Monaten viele Menschen bewegt. Zu Recht, denn es geht um unsere Zukunft“, heißt es.

Auch wenn Clement behauptet, dass diese Reformen die Vollbeschäftigung bis 2010 erzielen können, scheint die Mehrheit der Bevölkerung nicht überzeugt zu sein. Vor allem, weil die Reformen sich nicht sofort am Arbeitsmarkt bemerkbar machen. „Auch mit den Reformen ist die Vollbeschäftigung eine Utopie“, räumt Thomas Bauer, Arbeitsökonom der Ruhr-Universität Bochum, ein. „Eine Quote von 0% wird man niemals erreichen. Auch weil eine niedrige Arbeitslosenquote von bis 4% eigentlich sehr gesund ist. Sie zeigt, dass Leute sich im Arbeitsmarkt bewegen und bessere Berufsmöglichkeiten finden.“ Lt. Bauer ist die Arbeitslosigkeit heutzutage das größte Sozialproblem Deutschlands.

Die Opposition redet schon von einem „Skandal der Arbeitslosigkeit“, während die Bevölkerung regelmäßig in den Montagsdemonstrationen protestiert. In Bochum, zum Beispiel, schicken die Organisatoren jede Woche das Thema der nächsten Demonstration an die lokale Redaktion der WAZ. Ein anderes Zeichen der Bedeutung dieses Themas ist der Erfolg des Buches „Ist Deutschland noch zu retten?“, von Hans-Werner Sinn, Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Universität München. Das 2004 erschienene Buch befand sich im Januar 2005 in der achten Auflage und wurde schon zum Bestseller. Ein Hinweis dafür, dass die Deutschen sich genug Sorgen um dieses Thema machen, um ein Sachbuch darüber zu kaufen. „Deutschland ist der kranke Mann Europas“, schreibt Sinn im Prolog. Wie das Land vom Wirtschaftswunder in den 50er

Jahren zu dem heutigen Zustand gekommen ist, sowie einige Vorschläge für einen Neuanfang sind der Kern dieses Werkes. Laut Sinns Analyse ist die Arbeitslosigkeit eine der vielen Seiten der „wirtschaftlichen Misere“.

Diese Fakten aus der deutschen Szene werden zurzeit von den brasilianischen Medien gar nicht berichtet. Obwohl die Tageszeitung „Folha de S. Paulo“ im November 2004 eine Serie aufgrund der 15 Jahre nach dem Fall der Mauer druckte, wurde das Thema „Arbeitslosigkeit“ nur aus dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung betrachtet. Bei Vorstellung des Themas bevorzugte die Zeitung die Rivalität zwischen Westen und Osten, die es zwar gibt, aber nicht ausreichend ist, um das Panorama zu erklären. Außerdem gibt es Vorhersagen, die schätzen, dass in 20 Jahren Ostdeutschland dasselbe Wirtschaftswunder erleben wird wie Westdeutschland vor 50 Jahren. „Die Investitionen im Osten sind ein Hinweis dafür“, erklärt Ökonom Bauer.

Was den brasilianischen Leser interessieren könnte, ist die Auseinandersetzung der deutschen Reformen mit langfristigen Arbeitslosen, die auch in Brasilien einen großen Teil der Arbeitslosen bilden. Zum Beispiel, die „Ein-Euro-Jobs“, die aus dem Gesichtspunkt vieler Deutschen eine extreme Maßnahme sind, ein Versuch, die Kürzung der Sozialleistungen auszugleichen. Andererseits, wie „Der Spiegel“ im Oktober 2004 bereits berichtete, gibt es schon positive Erfahrungen im Bereich der „Ein-Euro-Jobs“. Trotz aller Kritik an diesem Programm ist die Kooperation zwischen der Regierung und den Organisationen, die diese Stellen anbieten, alleine ein Vorbild für die brasilianische misslungene Aktion „Mein erster Job“.

Was allerdings in Brasilien eine möglicherweise effiziente Lösung für die Arbeitslosigkeit wäre, scheint die Deutschen zu beunruhigen. Berichte im Fernsehen, Zeitungen oder Zeitschriften über ausgebildete Menschen, die befürchten, „irgendeinen“ Job nehmen zu müssen, sind üblich. In diesem Punkt kann man einen wesentlichen Unterschied zwischen der deutschen und der brasilianischen Situation merken. In Brasilien wäre ein Arbeitsloser mit „irgendeinem“ Job zufrieden. Wie schon erwähnt wurde, ist die brasilianische „Arbeitslosenversicherung“ kurzfristig und niedrig. Eine Sozialhilfe gibt es nicht. Dass der Staat die Miete bezahlt, kommt überhaupt nicht in Frage. Daher, auch wenn die Leistungen in Deutschland verkürzt werden, sind Arbeitslose in diesem Land besser versorgt als in Brasilien; auch wenn eine Reform des deutschen Sozialstaats nötig ist, damit er nicht länger die Arbeitslosigkeit selbst erzeugt. „Die Lohnersatzleistungen, die der Staat anbietet, erzeugen Arbeitslosigkeit, weil sie wie Lohnuntergrenzen im Tarifsysteem wirken“, schreibt Professor Sinn.

Arbeitsökonom Thomas Bauer erwähnt einen anderen wichtigen Punkt über die „Ein-Euro-Jobs“: „Ich kann es mir nicht vorstellen, wie diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahme 600.000 Plätze generieren soll, ohne existierende

Plätze zu vernichten.“ Das heiße in der Wirtschaft „Drehtüreffekt“: indem einige im Arbeitsmarkt wieder tätig werden, werden andere deswegen arbeitslos. Seiner Meinung nach wäre dieses Geld am besten in die Bildung investiert. Denn, genauso wie in Brasilien, betrifft die Arbeitslosigkeit am meisten diejenigen, die eine niedrige Ausbildung haben.

„Deutschland erlebt seit Ende der 70er Jahre einen Strukturwandel von der Industrie zur Dienstleistung, die auch die Arbeitslosigkeit beeinflusst, weil die Gesellschaft nicht schnell darauf reagierte“, sagt Bauer. Es handele sich um ein strukturelles Problem. „Die Reformen sind willkommen, weil das aktuelle System zur Arbeitslosigkeit beiträgt. Die Leute müssen angereizt werden, einen Job zu finden. Sonst verlernt man die Arbeit. Wissen vergisst man, außerdem verändert sich die Arbeitsweise die ganze Zeit. Wenn der Arbeitsmarkt flexibel ist, gibt es diesen Effekt nicht mehr. In Deutschland ist er aber alles andere als flexibel. So muss sich etwas auch bei der Nachfrage ändern. Wenn Unternehmen keine Freiheit haben, werden sie nicht länger in Deutschland bleiben“, räumt Bauer ein.

Darüber hinaus einigen sich Experten darüber, dass der Sozialstaat auch massiv reformiert werden muss. „Indem er Lohnersatzeinkommen zahlt, tritt er auf den Arbeitsmärkten als Konkurrent der privaten Wirtschaft auf“, schreibt Professor Sinn. Der Sozialstaat erlebe ein Dilemma: „Er wurde geschaffen, um die Konsequenzen der Arbeitslosigkeit abzufedern, aber indem er das tut, erzeugt er die Arbeitslosigkeit selbst.“ Brasilien und Deutschland sind also zwei extreme Beispiele für die Rolle des Sozialstaats: dort sind die Leistungen nicht ausreichend, was zu sozialen Problemen fhrt, während hier die Leistungen übertrieben sind, was jetzt zu wirtschaftlichen Komplikationen beiträgt.

## 5. Die Opelkrise – Portrait des deutschen Zustands

„Mein Herz schlägt für Opel“. Ein T-Shirt mit diesen Worten ist in Geschäften in der Bochumer Innenstadt zu kaufen. Diese simple Anmerkung zeigt, wie Bochum mit dem Opel Werk verbunden ist. Sei es psychologisch, wie das einfache T-Shirt beweist, wirtschaftlich oder sogar auch physisch. Denn in jedem Stadtplan sind die drei Werke so markiert, als ob sie ein Viertel der Stadt ausmachten.

Seit 1962 sitzt der Autokonzern am Standort Bochum, das größte Werk Europas, mit rund 8.000 Beschäftigten. Das Werk zu besuchen ist eine beeindruckende Erfahrung – man braucht einen kleinen Wagen, um sich innerhalb der Fabrik zu bewegen, sonst würde die Führung zu lange dauern. 1.150 Autos werden dort pro Tag, in drei Schichten, produziert. In knapp

zwei Stunden bekommt man einen Überblick von der Herstellung: von den Stahlrollen bis zu den fertigen Autos. Eine besondere Station ist die so genannte „Hochzeit“, wo sich Karosserie und Motor treffen. Lt. Pressesprecher Andreas Graf Prashma ist dieses das Lieblingsbild der Fernsehteams. Die Arbeiter wundern sich über den Besuch einer Journalistin. Denn zurzeit kriegt das Werk keinen Pressebesuch aufgrund der Vorbereitungen zur Produktion des neuen Zafira-Modells.

„Das Opelwerk wurde im selben Jahr gegründet wie die Ruhr-Universität und das Einkaufszentrum Ruhrpark“, bemerkt Ludger Pries, Sozialwissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum. „Dies zeigt, wie man im Ruhrgebiet in den 60er Jahren versucht hat, Arbeitslosigkeit zu verhindern: durch gleichzeitige Investitionen im Bereich der Industrie, des Wissens und der Dienstleistung“, erklärt er. Das habe zwar am Anfang funktioniert, doch durch die Globalisierung fällt diese Logik weg: die Unternehmen gehen dahin, wo die Produktion lukrativer ist. Die Orientierung der Investitionen wird vom globalen Wettbewerb gesteuert.

Es ist keine Übertreibung zu behaupten, dass die Fabrik in Bochum nach mehr als 40 Jahren jetzt die zweite Generation von Leuten aus dem Ruhrgebiet beschäftigt. So ist es verständlich, dass vier Monate nach der Veröffentlichung des Stellenabbaus die Stadt noch unter Schock steht und abwartet, um die realen Folgen dieser Maßnahme zu messen und zu verstehen. Das merkt man gleich am Rathaus, wo das Plakat „Gemeinsam für Opel“ hängt. Das merkt man in der WAZ Redaktion, die den Fall mit Aufmerksamkeit beobachtet und regelmäßig empörte Opelaner als Besucher empfängt. Und das merkt man auch auf jeder Pressekonferenz, die etwas mit Wirtschaft zu tun hat.

Zum Beispiel bei der Eröffnung des neuen Gebäudes der Bochumer Stadtwerke, als Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz den Fakt in ihrer Rede erwähnte. Oder auf dem Jahresempfang der Industrie- und Handelskammer im mittleren Ruhrgebiet, als der Präsident, Gerd Pieper, die Opelkrise als „Risse“ in der soliden industriellen Basis der Region bezeichnete. „Die Mitteilungen über die Sanierungspläne von Opel in Bochum haben Sorgen und Ängste ausgelöst. Der vorgesehene Abbau von rund 3.600 Arbeitsplätzen bedeutet mehr als eine schmerzhaft Wunde, eine Schlagader des Wirtschaftsstandortes ist getroffen. Die direkten und indirekten Auswirkungen aufgrund der Verflechtungen mit vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen sind insgesamt kaum zu übersehen. Betroffen sind beispielsweise Dienstleister wie Instandhaltungsbetriebe und Logistikunternehmen“, sagte Pieper in seiner Rede. In der Tat, so ein Bericht des Spiegels, schätzen kommunale Wirtschaftsdezernenten, dass etwa 30.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Opel-Werk in Bochum abhängen. Dabei macht Professor Bauer eine

Anmerkung: „Bochum hat sich zu viel auf Opel konzentriert, was ein Fehler war.“ Sozialwissenschaftler Pries fügt hinzu: „Es könnte noch schlimmer sein, weil Opel relativ wenig in der Region integriert ist, wenn es um die Zulieferanten geht.“

Als die Agentur für Arbeit für Bochum Anfang Januar 2005 die Zahlen der Entwicklung des Arbeitsmarkts von Ende 2004 präsentierte, kam selbstverständlich die Frage: welche Rolle spielt Opel dabei? Luidger Wolterhoff, Leiter der Agentur, schien fast erleichtert, als er antwortete: „Die Opelkrise hat zur Zeit keine Auswirkung auf den Arbeitsmarkt, weil der ganze Prozess durch Transfergesellschaften geführt wird. Erst 2006 wird man das in den Zahlen spüren.“

Sogar im medienpädagogischen Projekt der WAZ, dem Zeus (Zeitung und Schule), wurde darüber berichtet. Und zwar aus einer ganz anderen Perspektive. Schüler aus der achten Klasse der Schiller-Schule besuchten freie Werkstätten und befragten die Mechaniker über die Qualität der Autos. Sie stellten fest, dass 40% der zu reparierenden Fahrzeuge von Opel sind; das größte Problem, so die Mechaniker, sei der Rost. Sie einigten sich darüber, dass sie sich keinen Opelwagen kaufen würden. Opelaner haben sich über den Bericht beklagt, so der Journalist Tom Jost, Leiter des Projektes. „Es kommt aber nicht in Frage, solche Informationen aus Solidarität zu verschweigen, weil Opel in einer Krise steckt. Die Schüler haben es gut gemacht“, meint er.

Damit berührte der Schülerbericht den Kernpunkt der Opelkrise: es geht um hausgemachte Probleme. „Der Konzern steht in Konkurrenz und unter Kostendruck, und muss sich darauf einstellen, um zu überleben. Warum sollte er in Deutschland produzieren, wenn er mit ähnlicher Qualität und weniger Kosten ganz in der Nähe, zum Beispiel in Polen, produzieren kann? Die Entscheidung ist völlig klar“, sagt Ökonom Bauer. Weil es nicht nur um den Standort Bochum geht, sondern auch um den Standort Deutschland, und nicht nur um den Fall Opel, sondern um andere potentielle künftige Fälle, wird die Krise zur Zeit als ein Symbol der deutschen wirtschaftlichen Lage behandelt. „Verschiedene Debatten haben sich in Opel fokussiert“, so Oliver Schumacher, Regierungssprecher des Landes NRW.

Eine fast identische Auseinandersetzung beinhaltete das Thema des vor 15 Jahren gedrehten Dokumentarfilms „Roger & Me“. Im Film versucht der amerikanische Regisseur Michael Moore vergeblich den GM Chairman Roger Smith mit dem Stellenabbau in Flint, Michigan, zu konfrontieren. Dort, wie jetzt in Bochum, wurden 50% der Arbeitskräfte gestrichen. Das zeigt, dass solche „hausgemachten Probleme“ überhaupt nicht neu sind. Auch die Form der Berichte, die über dieses Thema erscheinen, sind nicht wirklich neu: in der Woche des 14. Oktober, als Opel seine Krise bekannt machte, schickte der Fernsehsender ZDF ein Team nach Zürich, um den

europäischen Chef des GM Konzerns, Carl-Peter Foster, zu interviewen. Reporter und Kameramann wurden vom Sicherheitsdienst aufgefordert, das Gebäude zu verlassen. Die ganzen Verhandlungen standen am endgültigen Schnitt des Berichtes – was sehr an Michael Moores Stil erinnerte.

Während die Europa-Opelkrise in Brasilien kaum erwähnt wurde (eine Recherche in den wichtigsten brasilianischen Medien zeigt, dass sie nur als Meldung aufgetaucht ist), informierte die Wochenzeitschrift „Veja“ über den Erfolg der brasilianischen GM, die 2004 unter allen Fahrzeugherstellern in Brasilien am meisten verkauft hat (360.000 Fahrzeuge). Das ist das erste Mal, dass GM auf dem ersten Platz rangiert, seitdem sie in Brasilien produzieren (Ende Januar 2005 genau 80 Jahre). „Brasilien hat einen Vorteil als Standort gegenüber Deutschland, weil die Arbeitskräfte billiger sind“, bemerkt Professor Bauer. Was die Marktanteile betrifft, ist die brasilianische GM auch gut drauf: 23,3%. In Deutschland hat Opel einen Marktanteil von 10% (eine Zahl, die am Anfang der 90er Jahre bei 17% lag und seitdem regelmäßig gesunken ist).

In Bochum geht es jetzt darum, den Standort zu behalten – denn, wie Professor Bauer bereits erklärte, ohne Opel hat die Stadt ein reales Problem. „Bochum ist ein unverzichtbarer Standort“, sagte Ministerpräsident Peer Steinbrück auf dem Bochumer SPD-Neujahrsempfang Ende Januar 2005. Eine finanzielle Hilfe vom Bundesland Nordrhein-Westfalen wurde allerdings gleich ausgeschlossen. „Die Regierung hat einfach kein Geld dafür“, sagt Pressesprecher Oliver Schumacher. Vielleicht wäre das vor zehn Jahren möglich gewesen, aber jetzt nicht mehr.“ Für Sozialwissenschaftler Pries ist der Weg ganz deutlich: „Der Konzern muss sich darauf konzentrieren, die hochqualifizierten Arbeiter zu behalten, sonst blutet er aus.“ Das mache natürlich den Weg zu den Abfindungen schwerer. Wie die WAZ berichtete, wurden Mitte Februar zwar bereits über tausend Abfindungen unterschrieben, aber 300 Beschäftigten wurden sie versagt. „Es kann nur daran liegen, dass es sich um qualifizierte Leute handelt“, analysiert Professor Pries.

Die Frage ist, was nach 2010 mit dem Werk passiert. Bis dahin soll die Produktion garantiert sein. „Um die Zukunft zu sichern, soll der Staat eine schlauere Einbettungspolitik machen, damit das Werk sich wirtschaftlich mehr in der Region vernetzen kann. Wenn wir das nicht schaffen, macht es zu“, deutet Pries an. „Und diese Strategie gilt genauso für den in Brasilien sitzenden Konzern“, fügt er hinzu.

## **6. Dankeschön**

Ein herzliches Dankeschön geht an Ute Maria Kilian, die kompetente und liebevolle Unterstützung während meines sechsmonatigen Aufenthaltes geleistet hat. Danke an den WAZ-Redakteur Tom Jost für die hilfreiche journalistische Beratung in Bochum; an Josef König, Pressesprecher der Ruhr-Universität Bochum, der die Brücke zwischen mir und den Quellen aus der Universität für diesen Bericht gebaut hat; an Andreas Graf Praschma, Pressesprecher von Opel, für die aufklärende Führung durch das Opelwerk und an die brasilianische Kollegin und gute Freundin Luciana Benatti für die verschickten Unterlagen aus Brasilien.